

26



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24834 - 33
Fernschreiber 0886890

P/XIV/20 - 24. Januar 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	Eklatante Widersprüche zu Ulbrichts UPI-Interview	33
2	Kuba und seine Lehren Nicht jeder "Antikommunist" ist ein Demokrat	47
3	Verstimmung Bonn - Bukarest Von unserem Korrespondenten Harry Schleicher, Belgrad	50
4 - 5	"Halbstarke" auch im Osten Sowjetische Milizen gegen "Hoogilane"	69
6 - 7	Wirbel und Unruhe in der Wohnungsversorgung Gefährliche Wohnungspolitik der Bundesregierung	98

* * * * *
* * *

24. Januar 1959

Eklatante Widersprüche

sp - Moskaus Statthalter in der "DDR", Walter Ulbricht, stolzt seit einigen Tagen auf dem Gelände der internationalen Politik herum wie ein Pfau mit gespreizten Federn. Er sorgt auf seine Weise für die weitere Erhitzung der Atmosphäre, verzichtet dabei aber gänzlich auf die Leistung von Beiträgen, die ernsthaft diskutabel wären.

Die Erklärungen, die er jetzt einem Vertreter der Nachrichtenagentur UPI gegeben hat, enthalten keinen Versuch, die Lösung der Lebensinteressen des deutschen Volkes zu erleichtern. Ulbrichts Behauptung, solange ein Teil Deutschlands den "militaristischen", der andere Teil aber den "antimilitaristischen Weg" gehe, könne es keine Wiedervereinigung geben, ist angesichts handfester militaristischer Erscheinungen auch im Bereich der sogenannten DDR unaufrichtig.

Jetzt will Ulbricht - laut seinem UPI-Interview - die Wiedervereinigung durch weitere zahlreiche Vorbedingungen erschweren. Er schränkt die Befugnisse der von ihm selbst geforderten "Konföderation" derart ein, daß der DDR-Teil der "Konföderation" als Kontrollinstanz über den anderen Teil, die Bundesrepublik, in Erscheinung tritt. Dabei unterläuft dem Ersten Sekretär der SED ein böser Lapsus. Zur Begründung seines Verlangens nach paritätischer Besetzung des "Gesamtdeutschen Rates" beruft sich Walter Ulbricht auf die Tatsache, daß in den USA die kleinen und die größeren Staaten, unbeschadet ihrer Bevölkerungszahlen, je zwei Senatoren in den Senat entsenden. Trotz des Hinweises auf die USA ist Ulbricht jedoch nicht bereit, dem "Gesamtdeutschen Rat" die gleichen Rechte zu geben, wie sie der Senat der Vereinigten Staaten hat.

Auch ein anderer Widerspruch in dem UPI-Interview erhellt Ulbrichts sinnloses Gerede. Einmal sagt er, zuletzt werde der Wille der beiden deutschen Staaten entscheidend sein - nämlich für den Inhalt und die Politik des wiedervereinigten Deutschlands - , dann jedoch weigert er sich, in absehbarer Zeit durch freie Wahlen den Willen der Bevölkerung feststellen zu lassen.

Man sieht, der Erste Sekretär der SED gerät langsam aber sicher ins Schwimmen. Möglicherweise ist ihm die von Moskau zur Zeit zugewiesene Rolle im den Kopf gestiegen.

Kuba und seine Lehren

ler. Nicht jeder, der sich dem Kampf gegen den Kommunismus verschrieben hat, oder vergibt, ihn zu führen, ist ein Demokrat. Unter dem Deckmantel eines Antikommunismus können auch die scheusslichsten Verbrechen gedeihen. Hitler war gewiss ein glühender Antibolschewist, er wollte den Bolschewismus mit Stumpf und Stiel ausrotten und er bediente sich dabei Methoden, die den Namen des deutschen Volkes mit Schande bedeckten. Eine Zeitlang, unmittelbar nach seiner Machtergreifung, galt dieser Mann, dessen grausige Taten an die eines Dschingis Khan heranreichen, auch bei angesehenen westlichen Politikern als ein willkommener Geführter, der ihnen das Geschäft der Bekämpfung des Kommunismus abnahm. Diese Illusion verflieg allerdings bald ...

Der spanische Diktator, Franco, ist gewiss auch ein Mann, an dessen antibolschewistischer Gesinnung wohl kein Zweifel bestehen kann. Gerade deshalb findet er die Sympathie unserer abendländischen Kreuzzugsritter. Spaniens Hauptstadt Madrid wurde geradezu zum Mekka der westeuropäischen Restauration, das manche Pilgerscharen auch aus der Bundesrepublik anzieht. Niemand wird jedoch sagen können, der Antikommunismus Francos hätte Spanien in eine Demokratie verwandelt - im Gegenteil, die spanischen Demokraten aller Schattierungen bekommen die unbarmherzige Wucht eines Polizeistaates zu spüren, sie sitzen in Gefängnissen oder im Exil, oder sind zum Schweigen verdammt. Die Freundschaft der Vereinigten Staaten für das Franco-Regime hat das Los dieser spanischen Demokraten nicht gemildert und Franco nützt seine Bundesgenossenschaft mit Washington zu seinen Gunsten reichlich aus.

Auch der gestürzte Diktator auf der Zuckerinsel Kuba, Fulgencio Batista, genoss bis zu seiner Flucht die Freundschaft und die Unterstützung mächtiger Persönlichkeiten im USA- State Department. Batista wurde geschätzt, weil er sich als ein "zuverlässiger Antikommunist" aufführte, die Macht der amerikanischen Plantagenbesitzer in Kuba schützte und aussenpolitisch im Fahrwasser der USA segelte. Das brachte ihm viele Dividenden ein - aber um welchen Preis! Korruption und Verbrüderung kennzeichneten seine Herrschaft, die entflammte Volkswut der Kubaner macht sich nun in Massenhinrichtungen und schrecklichen Ausbrüchen gegen die fassbaren Anhänger des früheren geflüchteten Diktators Batista Luft.

Die amerikanische Öffentlichkeit, soweit sie über die wahre Natur des Batista-Regimes nicht unterrichtet war, ist entsetzt über diese Exzesse einer Volksempörung, auf deren Wogen der neue Mann von Kuba, Fidel Castro, zur Macht kam. Langsam beginnt sie zu begreifen, dass es keine gute Politik war, einen Diktator zu stützen, der sich nur durch Verbrechen an der Macht halten konnte.

Wie gesagt, nicht jeder, der sich als Verteidiger der westlichen Lebensform selbst empfiehlt oder zu den Freunden der westlichen Demokratien zählt, ist ein Demokrat; es kann sich darunter auch ein Mann verbergen, dessen Herrschaft eine Herausforderung all dessen ist, was man unter westlicher Lebensform und Freiheit zu verstehen hat.

Verstimmung Bonn - Bukarest

Von unserem Korrespondenten Harry Schleicher, Belgrad

Die ohnehin nicht gerade freundlichen Beziehungen der Bundesrepublik zu den osteuropäischen Staaten haben eine sehr spezifische Neubelastung aufzuweisen. Bonns Ärger richtet sich diesmal gegen Rumänien, dem man vorwirft, rumänischen Volksdeutschen die Übersiedlung in die Bundesrepublik nicht mehr zu gestatten. Und wie so oft, wenn der Bonner Außenpolitik keine politischen Mittel mehr zur Verfügung stehen, greift sie mit dem "Geldsäckel". Mit "wirtschaftlichen Maßnahmen" will man eine "vernünftige Haltung" der Bukarester Regierung erzwingen bzw. erkaufen.

Denkt man an das Assecofiasko, so drängt sich der Eindruck auf, als wolle Bonn mit dieser ungeschulten Kommerzialisierung einen neuen Stil der Außenpolitik entwickeln. Und mag man noch über die moralische Rechtfertigung des Versuchs verschiedener Meinung sein, ob sich Menschen mit Warenlieferungen aufwiegen ließen, so sollte man sich doch zumindest über die Wirksamkeit handelspolitischer Repressalien keine allzu großen Illusionen machen.

So zeigt denn auch die Reaktion Rumäniens keineswegs den erwarteten Tatbestand des Nachgebens oder gar Erschreckens. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Bonner Weigerung, über ein neues Warenprotokoll für das Jahr 1959 zu verhandeln, nicht etwa nur einseitig Rumänien, sondern in gleichem, ja vielleicht noch stärkerem Maße die Bundesrepublik treffen werde.

Der bisherige deutsch-rumänische Warenaustausch erreichte im vergangenen Jahr eine Höhe von 60 Millionen Dollar in beiden Richtungen. Ein Ausfall dieser Summe wird die deutsche Außenhandelsbilanz selbstverständlich nicht erschüttern. Aber zu einer Zeit, da der hier und dort bereits deutlich zu verzeichnende Wirtschaftsrückgang zu einem verstärkten Konkurrenzkampf um jeden nur möglichen Markt geführt hat, sollte man es sich auch in Bonn einige Male überlegen, bevor man einen fast vor der Haustür liegenden und ausbaufähigen Markt aufgibt. Das Interesse Rumäniens für westliche Investitionsgüter ist groß. Das bedeutet jedoch nicht, daß dieses Interesse nicht ebenso auf anderen westeuropäischen Märkten befriedigt werden kann. Erst vor wenigen Tagen wollte in Bukarest eine Delegation britischer Privatfirmen, die, gemäß informierten rumänischen Quellen, günstige und weitreichende Angebote unterbreitet haben soll.

Was das Problem der Rückführung anbelangt, weist man in rumänischen Kreisen ausdrücklich darauf hin, daß es keine vertragliche Abmachung mit der Bundesrepublik über die Rückführung "rumänischer Staatsbürger deutscher Nationalität" (lies Volksdeutsche) gäbe.

Daß das Problem der Familienzusammenführung einer menschlichen Lösung bedarf, steht außer Frage. Ob man jedoch mit handelspolitischen Repressalien dieser Lösung näherkommen kann?

Auch hierbei erweisen sich einmal mehr die "Hallstein-Doktrin" und das unregelmäßige Beziehungsverhältnis der Bundesrepublik zu unseren unmittelbaren und mittelbaren Nachbarstaaten als ein unübersteigbares Hindernis für eine normale Klärung auftretender Schwierigkeiten. Und da es Bonn an politischen Kontakten mangelt, greift es zu wirtschaftlichen Maßnahmen, ohne sich dabei zu überlegen, ob das irgendjemandem dient.

"Halbstärke" auch im Osten

(rh) - Gleich der Asiatischen Grippe, die vor keinen Ländergrenzen und keinen "Vorhängen" Halt machte, scheint das im Westen unter der Bezeichnung "Halbstärke" bekannte Problem auch die Länder des Ostblocks von Zeit zu Zeit mehr oder minder intensiv zu beschäftigen. Dabei spielt es keine wesentliche Rolle, ob die östlichen "Halbstarken" zuerst in der Sowjetunion in Erscheinung getreten sind und dann in den Satellitenstaaten sich bemerkbar machten (auch da dem sowjetischen Vorbild nachzueifern), oder ob einzelne Satellitenstaaten zuerst "anfällig" wurden und die "Infektion" dann auch auf die Sowjetunion übersprang.

Eine gewisse Beruhigung ist auf diesem Gebiet in den letzten Monaten in der Tschechoslowakei eingetreten, wo die Prager Zeitungen in Wort und Bild gegen Jugendliche zu Felde zogen, die in nahtgesteppter "Texacrosen" plötzlich in ganzen Rudeln auf den Straßen auftauchten. Der Schneider, der diese Rosen lieferte, wurde mit Namen und Adresse von der Presse genannt, und es wurde den Eltern dringend nahegelegt, sich um ihre "mißratener" Sprösslinge zu kümmern. Gegen Ansammlungen von Jugendlichen an verschiedenen Stellen der Innenstadt wurden Razzien veranstaltet, und es wurden jugendliche Banden in den Prager Vororten auseinandergetrieben. Bei diesen Aktionen fielen den Sicherheitsorganen auch viele jugendliche Verbrecher in die Hände, gegen die man Schauprozesse veranstalten konnte. Diese kamen "gerade zur rechten Zeit", um an ihrem Beispiel der Öffentlichkeit eindringlich vor Augen zu führen, daß es mit der Jugenderziehung noch immer nicht zum Besten bestellt sei und daß von die "Feinde der neuen Ordnung" daran hindern müsse, auf die Jugend einen verderblichen Einfluß zu gewinnen.

Für das Warschauer Regime komplizierte sich das polnische "Halbstarken"-Problem dadurch, daß sich der Mißbrauch des Alkohols auch unter den Jugendlichen stark verbreitet hatte. Vor allem in den Industriegebieten Schlesiens kam es immer wieder vor, daß Jugendliche in den Abendstunden vor Gaststätten und Alkoholgeschäften randalierten und Passanten belästigten. Vielfach wußten diese Jugendlichen mit sich nichts anzufangen, da in den meisten größeren Städten und erst

24. Januar 1969

recht in den Industrie-Siedlungen auf dem Lande ein vernünftiger Unterhaltungsbetrieb und die kulturelle Betreuung für junge Menschen noch sehr im Argen liegen und zu ihrer Entwicklung noch viele Jahre benötigen.

Die Sowjetunion hat offensichtlich für die Bekämpfung der Rowdys kein wirkungsvolles Konzept. Die Gestalter von Programmen, mit denen man im politischen und wirtschaftlichen Bereich bekanntlich alles zu lösen versucht, wissen sich mit der Jugend keinen Rat und versagen immer wieder von neuem. Es liegt eine gewisse Schadensfreude sowie der auch der russischen Jugend innewohnende Trieb nach dem Abenteuerlichen darin, wenn die Jugendlichen in Moskau und anderen großen Städten sich so genau darüber informiert haben, wie sich die Jugend im Westen (vor allem in Amerika) gebärdet, wie sie sich kleidet, was sie tanzt, wie sie die Haare trägt, - und daß sie ohne weiteres bereit ist, alles zu kopieren oder nach eigenem Geschmack weiterzuentwickeln. Selbstverfertigte Schallplatten mit westlichen Jazz unter der Hand zu verkaufen, muß geradezu ein prickelndes Vergnügen dahingehend sein, etwas zu tun, was der Parteibrigade mißfällt.

Bis zur offenen Auflehnung gegen Mitbürger und Einrichtungen, bei denen Theorie und Wirklichkeit der "neuen Lebensformen" eine Diskrepanz bilden (die Jugend der Sowjetunion dürfte da genau so kritisch sein wie die Jugend sonst überall in der Welt), ist es da nur noch ein winziger Schritt. Für diese "meuternde Jugend" hat der offizielle Sprachgebrauch die Bezeichnung "Hooliganismus" erfunden. In der Industriestadt Pödolesk - südlich von Moskau - müssen diese Hooligane besonders aktiv sein, wenn der sowjetische Rundfunk zu berichten wußte, daß gegen sie eine besondere Organisation eingesetzt werden mußte, damit die Bevölkerung "bei Tag und in der Nacht" nicht mehr belästigt wird. Auch in anderen Städten ist die Miliz gegen die Hooligane mobilisiert worden, ohne daß es großen Erfolg hatte. Denn die Komsomolführer und die Bevölkerung zielten sich, wie offiziell angegeben wird, beim Einschreiten gegen Hooligane so bewußt zurück, daß keine Zeugen für die "Aussschreitungen" der Jugendlichen aufzutreiben seien. Es bleibt dem Regime somit nichts anderes übrig, als die "ideologische Erziehung" zu verbessern. Und - sich wirklich um die Jugend zu kümmern!

Wirbel und Unruhe in der Wohnungsversorgung

sp - Seit Wochen wirbeln Erklärungen und Stellungnahmen durch die Presse und werden kurzfristige Termine und sich ständig widersprechende unklare Einzelheiten genannt, wann und wie die Wohnungswirtschaft in die Marktwirtschaft übergeleitet werde. Auf sachliche Einzeldarlegungen folgen meist wieder Erklärungen mit phantastisch anmutenden kurzfristigen Terminen. Das ging kürzlich in den Feuerwerk optimistischer Neujahrserklärungen soweit, dass die erste Phase der Überleitung schon am 1. Juli in Kraft treten sollte, obwohl bis zur Stunde noch nicht einmal ein Gesetzentwurf vorliegt. Selbst das Bundeskabinett hat bis zur Stunde noch kein Gesetz verabschiedet, das dem Bundestag vorgelegt wird.

Was steckt hinter dieser hektischen Eile und diesem ganzen Wirbel? Man kann nur annehmen, dass der an Preiserhöhungen interessierte Hausbesitz fortgesetzt auf die Einhaltung der ihm bei der Bundestagswahl gegebenen Zusagen drängt. Darauf deutet hin, dass der Präsident des Zentralverbandes der Hausbesitzer vor wenigen Tagen zusammen mit seinem Nachfolger im Ministeramt, Wohnungsbauminister Lücke, beim Bundeskanzler waren. Die darüber verbreitete dpa-Meldung machte den Eindruck, dass durch sogenannte Zusagen und Versicherungen beschwichtigt werden sollte. Es kann aber auch sein, dass die Bundesregierung selbst Zweifel bekommen hat, ob sie ein solches Überleitungsgesetz noch rechtzeitig vor den nächsten Bundestagswahlen schaffen werde. Denn davon ist sie sicher überzeugt, dass ein solches Gesetz, das tief in die soziale und kulturelle Struktur, in die Lebensverhältnisse und in den Lebensstandard der breiten Bevölkerungskreise und auch in die Lohnpolitik eingreift, nicht erst kurz vor den Bundestagswahlen verabschiedet werden kann. Ein solches Gesetz kann und wird - je nachdem, wie es konstruiert ist und was es im einzelnen bestimmt - sozialer Zündstoff werden. Es kann dadurch auch eine Lohnbewegung ausgelöst werden.

Öffentlichkeit beunruhigt

Die Bundesregierung sollte bei dieser Situation endlich einmal aufhören, die Öffentlichkeit fortgesetzt mit unklaren und sich teilweise widersprechenden, mindestens mit sehr vagen und ungenauen Angaben zu beunruhigen. Hoffentlich wird das nun endlich besser, nachdem über einige wenige, allerdings längst bekannte und keineswegs mehr neue Grundsätze - also noch keineswegs über ein formuliertes Gesetz! - ein Kabinettsbeschluss zustande gekommen ist und für die Abstimmung der noch sehr wenig einheitlichen Meinungen der Ressorts ein Staatssekretärsgremium (Wohnungsbau, Wirtschaft, Finanzen, Inneres, Arbeit, Vertrieben, Familien, Justiz) gebildet worden ist. Jetzt müsste zunächst ernste und sachliche Arbeit geleistet werden, bevor weitere und neue Parolen ausgegeben werden.

Dann werden hoffentlich auch die dauernden Terminbestimmungen des Ministers, wann das Gesetz verkündet und wann die Massnahme eingeführt wird, endlich eine reale Grundlage bekommen. Wir leben in einer parlamentarischen Demokratie, die auch für die Wohnungsbaupolitik gilt.

Keine Beratung unter Zeitnot

Weder der Herr Bundeskanzler noch der Herr Bundeswohnungsbauminister können verbindlich erklären, dass das sogenannte Überleitungsgesetz noch in diesem Jahr in Kraft treten wird. Das bestimmt nicht die Bundesregierung oder ein Ressortminister, sondern ausschließlich das Parlament, der Bundestag und - in diesem Falle massgebend beteiligt - auch der Bundesrat. Ein solcher Gesetzentwurf muss nach allen Seiten hin sorgfältig überlegt und in den Auswirkungen hin abgewogen werden. Die SPD-Fraktion des Bundestages hat bereits erklärt, sie werde sich bei den Beratungen zeitlich nicht unter Druck setzen lassen. Wenn es der Bundesregierung darum zu tun ist, dass das Gesetz bald beraten wird, dann muss sie dafür sorgen, dass es erst einmal vorgelegt wird und dass es in seiner Formulierung und Bestimmungen so sorgfältig abgewogen ist, dass nicht erst wieder von einer ausserparlamentarischen Kommission ein Gutachten eingeholt und Abänderungsvorschläge unterbreitet werden müssen. Bisher - das kann nicht deutlich genug gesagt werden, - liegt überhaupt noch kein Gesetzentwurf vor.

Es fehlen noch 2,5 Millionen Wohnungen

Niemand - auch die Opposition nicht - wird der Bundesregierung die Schwierigkeiten des hier gestellten Themas abstreiten. Es ist vielen unverständlich, dass von einer Überleitung der Wohnungswirtschaft in die Marktwirtschaft in dem Augenblick gesprochen wird, in dem der Wohnungsbauminister selbst anerkennt und bestätigt, es fehlten mindestens 2,5 Millionen Wohnungen, diese müssten erst gebaut werden. Darauf haben bereits die Vorkriegerorganisationen sehr eindeutig hingewiesen. Wie will man die Wohnungsversorgung schon in einen freien Markt überleiten, die Wohnraumbewirtschaftung aufheben und die Mietpreise sich frei bilden lassen, wenn Angebot und Nachfrage noch bei weitem nicht ausgeglichen sind? Mit ein paar allgemeinen und nichtsagenden Hinweisen, wie Mietbeihilfen, Phasenplan usw. ist es ja nicht getan. Dazu kann überhaupt erst Stellung genommen werden, wenn konkrete Angaben vorhanden sind. Schon bei der ersten Mietpreisfreigabe muss unbedingt gesichert sein, dass die Mieter nicht willkürlich gekündigt werden und ihre Wohnungen verlieren können oder dass ihre Mieten in einen durch die tatsächlichen Kosten gar nicht gerechtfertigten Masse gesteigert werden. Die Mieten werden erst dann freigegeben werden können, wenn überall, auch in den Brennpunkten des Bedarfs, in den Städten, so viele Wohnungen effektiv vorhanden sind, dass jeder eine Wohnung bekommen kann. Es kann dabei für unsere Großstädte mit ihrem noch völlig ungelösten Wohnungsbedarf nichts nützen, wenn irgendwo auf dem Lande durch forcierten Wohnungsbau einige Wohnungen leerstehen oder wenn in der Stadt selbst teure Luxuswohnungen nicht zu vermieten sind.

Eine ganze Reihe von Voraussetzungen müssen erst erfüllt sein, bevor die Wohnungsversorgung schrittweise gelockert werden kann. Die Wohnungsnot muss erst beseitigt sein, bevor Mieterschutz und Mietpreisbindung gelockert werden können! Die Wohnungsnot ist die Krankheit, sie muss erst überwunden sein, ehe eine Lockerung der Wohnungswirtschaft erfolgen kann.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel